

(Ursprünglich gerichtet:

An die Seniorinnen und Senioren

des 7. Seniorentages in Hannover 06. – 08.10.2003)

jetzt: **Zur Kenntnis an alle Arbeitnehmer, Beamte und Mittelständler des Landes**

Betr.: Renten- u. Sozialreform-Schwindel / Steuerreform-Betrug

Sehr verehrte Seniorinnen und Senioren,
das gesamte Reformgebaren stellt ganz offensichtlich ein syndikales Unternehmen dar. Sämtliche Vorgänge dürften daher allein der Absicht entspringen, die solidarisch/paritätisch organisierten Sozialsysteme zu zerschlagen und den darin enthaltenen Milliardenmarkt den privaten Konzernkassen zuzuführen. Zu diesem Vorgehen gehört offensichtlich auch eine flächendeckende Hetze gegen die Solidarsysteme mit scheinwissenschaftlicher Propaganda sowie ein Aufhetzen der jungen Generation gegen die ältere. Ich gebe Ihnen daher eine Volksverhetzungsanzeige wegen des Hetzens einiger Prominenter sowie deren Hintermänner zur Kenntnis und weise auf die dort aufgezeigten Netzwerk-Verbindungen hin, die hinter den Pseudo-Reformen stehen. Sämtlichen Reformvorhaben wohnt die unredliche Absicht inne, die Arbeitnehmer, Beamten und mittelständischen Unternehmer bis auf Sozialhilfeniveau auszuplündern, und letztlich eine Verelendung bis hin zu den Kommunen und der Funktionsunfähigkeit der staatlichen verfassungsgemäßen Organe von Verwaltung und Justiz herbeizuführen, und hierzu gehört auch, die Rentner und Arbeitslosen skrupellos in die Sozialhilfe-Gosse zu traktieren. Der derzeitige Kanzler zeichnet eine Spur der Verelendung und totalen Chaotisierung unseres Gemeinwesens auf solch hochintellektueller Begründung wie: „Das machen wir so, basta!“, vor. Das Kanzleramt ist offenbar bereits zur ausgelagerten Vorstandsetage von Versicherungs- und Finanzkonzernen mutiert. Dem entspricht die Tatsache, dass die Professoren Biedenkopf und Miegel bereits 1977 den privaten eingetragenen Verein (natürlich gemeinnützig-spendenbegünstigt) gründeten und ihn unverdächtig „Institut für Wirtschaft und Gesellschaft“ titulierten (IWG-Bonn). Mitglied in dem ehrenwerten Institut: u.a. Walter Leisler-Kiep, der „Mann mit den Schwarzmillionen im Koffer in der Schweiz“.

Weiteres Mitglied bzw. Fördermitglied im privaten eingetragenen Verein der beiden Freunde Biedenkopf / Miegel, die stets getrennt auftreten, ist als Organisation komplett der sogenannte „Stiferverband für die deutsche Wissenschaft“. Diese Bezeichnung vermittelt Seriosität. Der „Stiferverband“ ist jedoch ebenfalls ein „privater“ eingetragener Verein (natürlich „gemeinnützig-spendenabzugsberechtig“). Ehrbare Mitglieder: alle Bundespräsidenten (im Amt oder i.R.), alle Versicherungskonzerne der Republik, alle Finanzkonzerne (BASF, Henkel usw.). Weiter in Biedenkopfs

Privatverein: Roland Berger (auch in der Rürupkommission und Peter Hartz - Hartzkommission), ZDF, FAZ, Springer-Verlag und z.B. Prof. Norbert Walter, der Herr von der Deutschen Bank, der für Lohnabbau etc. vehement eintritt. Die alle in schöner Gemeinschaft mit unserem Bundespräsidenten; und deshalb auch der ehem. Bundespräs. Herzog (aus dem gleichen Biedenkopfschen Privatverein) jetzt in der „Herzogkommission“ „zur Reformierung der Sozialsysteme“, die wieder, ordnungsgemäß im Sinne der Konzerne, nichts Besseres feststellt, als dass die Sozialsysteme unter vollmundigen Begründungen zerstört werden. Für massenpsychologisch/sozialdemagogisch geschickt gewählte Phrasen hierzu dürfte das Biedenkopfsche Privatvereinsmitglied, der Psychologe Klaus-Peter Schöppner vom „EMNID“-Institut Sorge tragen, und dass eine Frau Prof. Elisabeth Noelle-Neumann vom „Allensbacher Institut für Meinungsforschung“ in Herrn Biedenkopfs Privatverein mitversammelt ist und die „richtigen Fragen“ in der Öffentlichkeit stellt, darf wohl angenommen werden.

Um den Schwindel von den zu vielen Alten in 30 Jahren mit der Phrase von der angeblich dann zu hoch belasteten jungen Generation in die Welt zu lancieren, wurde ein weiteres ehrenwertes „Institut“ im Bunde geschaffen (selbstredend „unabhängig“): „Deutsches Institut für Altersvorsorge“. Auch dies lässt sich seriös an, und von daher kommt die psychologisch geschickt aufgezoogene Propaganda-Ente mit der „demographischen Katastrophe“. Tatsächlich ist dieses „Institut“ wiederum ein ganz privates Gebilde, nämlich eine ausschließlich von den Versicherungs- und Bankkonzernen gegründete „GmbH“; und hier ist Herr Professor Meinhard Miegel seitens seines Privatvereins „Institut für Wirtschaft und Gesellschaft“ (IWG) „Berater“, weshalb Sie, liebe Seniorinnen und Senioren, nun wissen, warum die „Rente in Gefahr“ ist, und wir alle bis zur Verelendung in die Konzernkassen privat einzahlen sollen.

Herr Professor Miegel, an dessen ehrenhaften Motiven, die Konzernkassen zu füllen unter Zerstörung der solidarisch-gemeinwesenorientierten Sozialsysteme, hat nun einen „Bürgerkonvent“ zur Einführung der „Privatrente“ organisiert, mit „ein paar Leuten“, wie er angibt, die sich zusammengesetzt haben, aber die er „nicht nennt“, und für den er 6 Millionen Euro pro Jahr von „Leuten“ erhält, die er ebenfalls nicht nennt (alles selbstredend ehrenwert und ausschließlich im wohlverstandenen „Gemeinwohlinteresse“).

Herr Ex-Kanzler Dr. Kohl hat als erster öffentlich die „Gefährdung der Rente“ propagiert und private Zahlung an die Konzernkassen gefordert. Er hat nunmehr einen Aufsichtsratsposten beim drittgrößten Erstversicherer der BRD, der AMB Generali, inne. Vorher hatte er heimlich, ebenfalls im wohlverstandenen Interesse der Arbeitslosen und Rentner mit Nullrunden vermutlich, 600.000,- DM jährlich „Beratergebühr“ vom Medienkonzern Leo Kirch erhalten. Für diese Jahres-Beratergebühr müsste die Blumenverkäuferin aus Castrop-Rauxel schlicht ca. 30 Jahre arbeiten, von früh bis spät! Und dieser wurde dann von Herrn Dr. Kohl erklärt, sie! habe „über ihre Verhältnisse gelebt“ und müsse nun „den Gürtel enger schnallen“. Die Medien schweigen durchgängig zu diesen unfassbaren Zuständen (siehe oben „Stifterverband.“ Der Bertelsmannkonzern darf dafür die „Anträge auf Riesterrenten“ provisionsträchtig bearbeiten, und die IG-Metall (Zwickel) hat mit der Allianzversicherung (soweit bekannt) gemeinschaftlich einen Pensionsfonds etc. zu betreiben, weshalb auch die Gewerkschaftsspitzen fein mitmachen, nebst Kirchenführung (Präses Kock, EKD, fordert: „Mut zu Reformen!“). Die Kirche ist also offenbar auch diesmal wieder auf der „richtigen Seite“.

Das Credo lautet: Entreichern, verarmen, verelenden, versklaven. Dem dienen alle „Reformen“, von der Absicht oder zumindest vom Ergebnis her. Dazu muss man keinen Mut besitzen, sondern, unter o.a. Bedingungen, vermutlich eine verwahrloste ethische Gesinnung oder ein hohes Potential an Feigheit und Skrupellosigkeit. Um dies endlich klar und öffentlich zu sagen, dazu bedarf es offenbar schon eher etwas Mut! Warten wir`s nicht ab.

Zur Chaotisierung und Verelendung unseres Gemeinwesens gehört auch die aus o.a. Kreisen derzeit eingeweichte Absicht zur „Steuerreform“! Sie ist von Hinterhältigkeit und Bösartigkeit getragen und dient der totalen Zerstörung staatlicher und sozialer Strukturen: In grober Formel ausgedrückt, bedeutet der Plan, der der Öffentlichkeit verschwiegen wird: Die Blumenverkäuferin aus Castrop-Rauxel erhält monatlich 30,- Euro Steuern erlassen, wovon sie dann vermutlich 50,-, 60,- Euro für „mehr Eigenverantwortung“ (wie sieht die eigentlich aus?) und die bereits hinterhältig geplante „Straußenmaut“ auch für Leute, die redlich zur Arbeit fahren, z.B., wieder ausgibt, während der Monats-Millionen-Verdiener monatlich 30.000,- Euro geschenkt erhält, weil dieser Kreis offenbar „nicht über seine Verhältnisse lebt“ oder gelebt hat. Wie dieses verwerfliche Szenario aussieht, ergibt sich aus hier beigefügter Zusammenstellung der Verhältnisse: Vorstände erhöhen sich die Einkommen jährlich um Millionen oder bis zu 131%, und den Beamten nimmt man das Weihnachtsgeld, welches sie in die Tante-Emma-Läden tragen würden, weg, die Arbeitslosen prügelt man ins soziale Elend, den Arbeitnehmern streicht man den Zahnersatz und die Km-Pauschale etc., und die Rentner werden mit „Nullrunden“ in die Verarmung, und langfristig in die Verelendung getrieben. Wir werden also beobachten, ob der Bundespräsident, der mit den Konzernspitzen gemeinsam im privaten Verein bei Herrn Prof. Miegel und Biedenkopf angesiedelt ist, und der selbst, was ihm gegönnt sei, denn

volkswirtschaftlich hat dies keinerlei Relevanz, nach 5 Jahren Amtszeit für den Rest des ganzen Lebens die vollen Monatsbezüge weitererhält, ob also dieser Präsident sodann ein Gesetz unterschreibt, was aus den o.a. Kreisen durchgepeitscht wird, und durch welches redlich arbeitende Menschen in unserem Kulturkreis bei Arbeitslosigkeit bereits nach 12 bis 18 Monaten in die Verelendung der Sozialhilfegasse geprügelt werden.

Liebe Seniorinnen, liebe Senioren, nehmen Sie den Kanzler bei seinem Wort, und betreiben Sie einen „Aufstand der Anständigen“, um unsere Kinder und Enkel vor Chaos und Elend zu bewahren, damit der Kanzler seinerseits nicht einfach auf seinem Stuhl sitzen bleibt. Tun Sie es, bevor er das „Führerprinzip“ (diesmal nennt man es dann wohl „Basta-Prinzip“, was sich etwas zivilisierter anlässt), de facto eingeführt hat, und die Abgeordneten ganz offiziell wieder nach Absingen der Nationalhymne 1-stimmig den Anordnungen des Kanzlers, anstatt nach Art. 38 (1) GG ihrem Gewissen unterworfen sind. Tyraneien fallen nicht vom Himmel, sie wachsen wie Krebsgeschwüre, unsichtbar aber tödlich sicher, langsam und unbemerkt heran, und es stinkt verfassungsrechtlich und demokratisch bereits zum Himmel, wenn Abgeordnete, die mit viel Mut und bewundernswerter Courage sowie hochanständigem Verantwortungsbewusstsein für unser Gemeinwesen eintreten, geradezu proletenhaft als Feiglinge, Verräter und Krebsgeschwüre von sogenannten „demokratischen“ Spitzenpolitikern geziehen werden.

Ich bitte um Entschuldigung, Sie hier etwas länger mit ungewohnten Informationen und Meinungsäußerungen in Anspruch genommen zu haben. Aber es geht diesmal nicht mehr nur um Tarifänderungen, sondern aus staatspolitisch/verfassungsrechtlicher Sicht in historischer Dimension um nicht mehr und nicht weniger, als um den vermutlich schleichenden Umsturz unserer Republik durch die Kanzler im Verbund mit den o.a. Kreisen und um die Lebensgrundlagen der nächsten Generationen; und wie verschwindelt die gesamte hysterische Reformtreiberei sich darstellt, ist an folgendem Beispiel, für jedermann nachvollziehbar, zu erkennen:

Angeblich waren die zu hohen „Lohnnebenkosten“ für die Notwendigkeit der Rentenreform mitverantwortlich. Tatsächlich zeitigen diese Lohnnebenkosten so gut wie überhaupt keine Relevanz zur Konjunktur oder irgendwelchen Arbeitsplätzen. Die Verlogenheit dieser Propaganda ist evident: Die letzte Rentenbeitragserhöhung hat gerade einmal 2 Cent pro 100 Euro Betriebskosten Mehrbelastung im Industriebereich gezeitigt. Eine entsprechende Analyse der G. u. V.-Rechnung des VW-Konzerns 2001 ist hier beigefügt. Daraus ergibt sich schlüssig, dass die Gründe für die Rentenreform im wesentlichen entfallen sind, und für die Lächerlichkeit der Beitragsdiskussion zu den Krankenkassenbeiträgen keinerlei seriöse Grundlage zu sehen ist. Trotzdem wird weiter herumgerissen, eben, weil erreicht werden soll, dass die verfassungswidrig-zwangweise Zuführung der Sozialsysteme in die konzernprivaten Ausplünderungssysteme angestrebt wird (notfalls vermutlich auch in staatsverbrecherischer Weise unter Missbrauch staatlicher Gesetzgebungsgewalt).

Und noch ein Hinweis: Die öffentlichen Rundfunkanstalten, z.B. ARD sowie alle großen Zeitungen, verhindern bisher eine Diskussion über die für unser soziales Sein lebensgefährlichen Zustände und Entwicklungen. Fragen Sie also dort nach, warum? Fragen Sie Ihre Abgeordneten, wie sie die Zustimmung zur Verelendung unserer Gemeinschaft und Zerstörung unserer verfassungsgemäßen Ordnung in Bezug auf Art. 20 GG (Sozialstaat) mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten und dringen Sie darauf, daß die Reformen schlicht und einfach und ohne Wenn und Aber beendet werden, ehe wir Not und Elend erhalten und daraus resultierende soziale Unruhen mit Mord und Totschlag im Gefolge. Noch könnten wir möglicherweise etwas verhindern, denn noch werden Abgeordnete, die von ihrer freien Meinungsäußerung Gebrauch machen, u.a. „nur“ als „Krebsgeschwüre“ bezeichnet aber noch nicht abgeholt. Wirken Sie mit daran ,daß dies nicht schlimmer wird. In diesem Sinne, unbekannterweise, mit freundlichen Grüßen an alle Seniorinnen und Senioren und jene, die es noch werden wollen, und die auch später noch in Frieden und Würde zu leben wünschen.

Günter E. V ö l k e r

Ergänzung Januar 2004 :

Hinweis:

Die in vorstehender Schrift genannten Anlagen und Aktivitäten sind unter www.bohrwurm.net nachzulesen. Die skrupellose Ausplünderung und Verelendung des Gemeinwesens und weiter Teile der Bevölkerung geht in menschenverachtender Weise ungebremst weiter. Aus der gesetzlichen Rentenkasse wurden seit 1957 etwa *700 Milliarden Euro herausgeplündert (mehr herausgenommen für fremde Zwecke, als durch Bundeszuschuß wieder ausgeglichen). Kanzler u. Abgeordnete sind informiert (siehe o.a. Publikationen in). Die erkennbare Reaktion der genannten Kreise ist gleich null -man ist offenbar mehr mit der Ausplünderung anstatt mit dem Schutz des Lebensabends der älteren Menschen im Lande beschäftigt- * wurde April 2006 aufgrund neuer Erkenntnisse anstelle von 500Mrd. DM geä. Siehe hierzu "Rentenklautabelle" (Teufelstabelle) in www.bohrwurm.net. Die "Reformen" stellen nach allem Dafürhalten aufgrund vorliegender objektiver Fakten einen Deckmantel für ein dahinterstehendes generalstabsmäßig geplantes und durchgeführtes syndikales Unternehmen zur Ausplünderung des Staates und der mittelständischen Bevölkerung dar, sie sind vermutlich kein Fall mehr für die Politik sondern, eher für die Verfassungsschutzorgane oder die Staatsanwaltschaft –Abt. organisierte Regierungskriminalität.

1. Es ist verwerflich....

1.1....**wenn** der Ministerpräsident ein Steuerreformgesetz mitträgt, durch welches den Millionenverdienern zusätzlich monatlich bis zu 20.000,-€ zugeschanzt werden, und er seinen schutzbefohlenen Bediensteten, den Beamten, Angestellten und Arbeitern im öff. Dienst, das peinlich dümmliche Märchen von den angeblich leeren Kassen herbetet, um ihnen das Weihnachtsgeld wegzunehmen und Tausende von Stellen zu streichen, wodurch das mittelständische Gewerbe ebenfalls ruiniert wird, indem die Geschäfte pleite gehen, und die Handwerker und Verkäuferinnen in die Arbeitslosigkeit und das Sozialhilfe-Elend getrieben werden - und in den Gemeinden der Bürger nachts die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet werden muß....

1.2....**WENN** Bischöfe nach Steuerreform und "Einschnitten" in das soziale Netz rufen, wodurch die Verarmung und Verelendung des Staates und großer Teile der redlich arbeitenden Menschen im Lande herbeigeführt werden (Bischof Huber, Präses der Evangelischen Kirche Deutschlands und Kardinal Lehmann, Katholische Kirche Deutschld., z.B. -siehe Brief an Ex-Präses Kock, EKD, in "www.bohrwurm.net"), während diese frommen Gottesmänner selbst wohlgenährt etwa nach Besoldungsgruppe -B8- mit (15.000,-Mark) 7- 8000,-€ im Monat dotiert sind. Sie! brauchen die Steuerermäßigung, während die Friseurin aus Castrop-Rauxel mit 800,-€ im Monat gar nichts erhält, und als Ausgleich dafür die Krankenkassen"Reform" mit Bargeld beim Arzt finanziert, weil sie! bisher "über ihre Verhältnisse" gelebt hat und nun nicht auch noch auf "einer Insel des Wohlstands" leben kann und deshalb jetzt "mehr Eigenverantwortung" trägt, indem sie auch noch die Zinsen für die Kredite bezahlt, die der Kanzler bei denen aufgenommen hat, denen er jetzt Abermillionen Steuerermäßigung zusätzlich zu ihren monatlichen Millioneneinkommen zugesprochen hat. Und man schreit schon wieder nach noch mehr "Steuersenkungs-Betrug!" (Der Abgeordnete Friedrich Merz im Verbund mit dem Ex-Verfass.Richter Prof. Paul Kirchhof - ...der Krankenschwestern und anderen Berufsgruppen die Steuerfreiheit für Sonntagszuschläge mit der abenteuerlichen (selbstverständlich schneidig- wissenschaftlich vorgetragenen) Behauptung wegplündern lassen will, diese Steuerfreiheit für Sonntagszuschläge stellte eine abzubauenende "Subvention" dar, obwohl schon jede intelligente Putzfrau im Lexikon nachlesen kann, daß "Subventionen" "zweckgebundene Zuwendungen" des Staates an "einzelne Wirtschaftszweige" sind. Weshalb eine sonntags arbeitende Krankenschwester ein "Wirtschaftszweig" darstellt, bleibt Herrn Professors Geheimnis, einstweilen)....

1.3....**WENN** Gewerkschaftsführer ebenfalls der staatsverelenden Steuerreform und den auf Ausplündern der Gemeinschaft angelegten Pseudo-Reformen nicht wirklich anständig entgegentreten, weil die Führung in den oberen Etagen ebenfalls zwecks nach- haltiger Steuer-Ersparnis auf Kosten der Friseurin aus Castrop-Rauxel nicht verzichten kann (soweit gehen ethische Gesinnung, Moral und Anstand dann doch nicht, denn auch die Gewerkschaftsführer" leiden schließlich Not"): Soweit bekannt, liegen sie "kurz über dem Sozialhilfesatz" (und leben damit weder "über ihre Verhältnisse" noch leben sie dadurch auf einer "Insel des Wohlstands", welche auch die Abgeordnete Karin Eversmeier (z.B.) nach eigenen Aussagen endlich per Agenda 2010 (Agenda sozialis- kriminalis) abgebaut sehen will). Eigenes "Not"-Einkommen als Abgeordnete: ca. 7.500€(ca. 15.000,-Mark) monatlich. Die Gewerkschaftsführer Sommer, Zwickel und Bsirske etc. verfügen dem Vernehmen nach über Monatseinkommen bei vermutlich etwa 15.000,- bis 30.000,-€ (also in der Tat, "eben über Sozial- u. Arbeitslosenhilfesatz"), und deshalb dürfen auch die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger nicht allein auf " der Insel des Wohlstands" leben, und so geht das dann munter weiter mit unseren Ehrenmännern.....

1.4....**WENN** einige Führungen in unserem Lande sich bedenkenlos in unvorstellbarem Ausmaß skrupelloser Raffgier die Taschen vollstecken und den redlich schaffenden Menschen mitteilen, diese müßten dafür länger arbeiten, auf Urlaubs- und Feiertage verzichten sowie den Ausgeplünderten verhöhrend auch noch erklären, diese müßten endlich "mehr Eigenverantwortung" (was ist das eigentlich?)übernehmen und demnächst natürlich bis zum 67. Lebensjahr, am besten aber gleich bis ins Grab arbeiten

1.5....**WENN** die Vorstände der Konzerne sich ihr Millioneneinkommen locker um 130% erhöhen und der Friseurin aus Castrop-Rauxel mitteilen, sie! müsse von ihren 800,- € endlich ihre Zähne selbst bezahlen bzw. zu Ausplünderungspreisen bei den Konzernkassen privat versichern (mehr Eigenverantwortung zur Sicherung der Millioneneinkommen der Millionen- Abgreifer)u. wenn der Chef der Deutschen Bank, Ackermann, die deutsche Justiz frech anmaßend verhöhnt, Deutschland sei das einzige Land, in welchem diese Herren dafür bestraft würden, daß sie "Werte schafften" (vermutlich 130 Mrd. € Schwarzgeld im Ausland), während er mit seiner Bank eben mal in 2 Jahren 15 Mrd.€ steuerfreie Rücklagen verspekuliert (Wochenblatt "Freitag", S.1, 21.03.2003) und unsere Friseurin aus ... nun ja, Castrop-Rauxel, die Steuern dafür bezahlen läßt (in Form der bereits hinterhältig geplanten Straßenmaut für alle, weil dem Staat diese verschenkten Steuereinnahmen in Abermillionen Höhe jetzt natürlich für den Straßenbau fehlen)....

1.6.....**WENN** Kreise der Millionenverdiener und Aktien-Milliardäre, die offenbar schon während des verbrecherischen Naziregimes passabel die "Lohnnebenkosten" senkten, in- dem sie erbarmungswürdige, zum Tatarbeiten bestimmte KZ-Häftlinge beim Reichsführer SS "günstig" einkauften, nunmehr schon wieder die Versklavung der arbeitenden Bevölkerung mit der permanenten Erpressung vorantreiben, sonst ins Ausland zu gehen, um dort gegebenenfalls kleine Mädchen wie Vieh von morgens bis abends schufteln zu lassen und unseren Bauern den Unfug von den globalisierten Märkten vorgaukeln, wonach sie zu gleichen billigen Preisen produzieren sollen wie dort, aber verschweigen, daß man mit den Billiglöhnen der Reisbauern hinter Saigon nicht die Ladenmiete in der Stadtmitte von München be -zahlen kann....

1.7.....**WENN** die Riege der Großindustriellen die Regierung bei der Dienstwagenbesteuerung mit dümmlichen Parolen erpreßt, bei einer Steuererhöhung von ½%-Punkt für die private Nutzung der Nobelkarossen würde die Auto-Konjunktur zusammenbrechen, weil man dann die Fahrzeuge nicht mehr kaufen könne, obwohl die Millionenverdiener nur 1% des Beschaffungswertes zu versteuern haben.

Die Rechnung sieht so aus:

Ein Dienstfahrzeug kostet z.B. 60.000,-€ Davon hat der Millionenverdiener 1% als Nutzwert privat zu versteuern, das sind 600,-€ Darauf zahlt er nun bei seinem Millioneneinkommen etwa 45% Einkommensteuer, also ganze 270,-€ im Monat. Weil die Regierung nun aber die Versteuerung von 1% auf 1,5% erhöht, zahlen die Großindustriellen und sonstigen Manager statt 270,-€ im Monat nunmehr 405,-€ , und deshalb könnten sie nun keinen Dienstwagen mehr beschaffen und nutzen.....und so geht der ganze Schwindel , von jeglicher Ethik und Moral befreit, täglich weiter, und wir alle mit tödlicher Sicherheit und tatkräftiger Unterstützung der wirren und offensichtlich skrupellosen Herumreißerei in Berlin dem Abgrund Typ 1929/31 entgegen.....

Unsere Eltern konnten 1929 nicht erkennen, welche Köpfe, Kreise und Methoden systematisch die totale Verelendung bewirkt hatten. Wir können dies heute sehr wohl: Es sind zweifelsfrei die gleichen.... Also schau wir diesmal nicht weg, solange es noch geht!

Bohrwurm.net befaßt sich konsequent, seriös und zwanglos mit dem offensichtlich inszenierten Niedergang unseres Gemeinwesens, den dahinterstehenden Köpfen, Kreisen, Charakteren, Zielsetzungen, Methoden und Vorgängen auf der Grundlage von Schwindel, Täuschung, Irreführung, Phrasen und falschen Lehren.

2. Es ist daher zu fordern:

Die gesamte Rentenreform (Riester) ist ohne Wenn und Aber als syndikaler Akt rückgängig zu machen. Die ausgeplünderten 700 Mrd. EUR sind in die Rentenkasse zurückzuzahlen. Dann brauchen wir uns um die angeblich marode Rentenkasse die näch- sten Jahrzehnte nicht mehr zu sorgen.

So einfach ist das. *ursprünglich 500Mrd. DM. Apr.2006 korr. auf 700 Mrd. EUR - neuer Erkenntnisstand

2. a) Die Rentenkasse hat den selbständigen Status wie die Bundesbank zu erhalten.
 - b) Die Aufsicht und Eingriffsmöglichkeit unterliegt nicht mehr den Kanzlern und sonstigen verlängerten Armen der Versicherungs- und Bank-Vorstandsetagen in Regierung und Parlament sondern einem unabhängigen seriösen Gremium wie z.B. dem Bundesrechnungshof, damit die Lebensgrundlagen der alten Menschen berechenbar bleiben und nicht für geo- oder staatspolitische Spielchen unreifer, verantwortungsloser oder skrupelloser Polit- und Wirtschaftskreise missbraucht werden können. Wer Osteuropa, den EU-Beitritt der Türkei und Kriege am laufenden Band sowie den Aufbau anderer Länder betreiben und finanzieren will, soll dies tun, aber nicht aus Großmutterns Rentenkasse. Das Ausplündern der Rentenkasse zu sachfremden Vorhaben ist nicht anders zu sehen, als wenn der Sparkassendirektor von Dinkelsbühl die Konten seiner Kunden abräumte, um seinen Garten zu finanzieren und dann den Kto.Inhabern mitzuteilen, daß ihre Konten leider marode seien, wegen "sachfremder Verwendung" der Mittel, wie man derartig kriminelles Tun euphemistisch umschreibt, wenn in verantwortungs- und skrupelloser Weise Opas Kasse leergeräumt wird. Wie lange die Rentner dieser Republik sich das noch sehenden Auges von den Schröders, Eichels, Riesters, Kohls und Waigels etc. gefallen lassen müssen, bleibt abzuwarten.
3. Die Rentenrechte und die Unantastbarkeit der Selbständigkeit der Renten-Versicherungsanstalten sind mit Verfassungsrang zu versehen, damit es skrupellosen Politreißern nicht mehr möglich ist, nach Lust und Laune eben mal den Status des Selbsverwaltungsorgans "Rentenvers.Anstalt" zur Ausplünderung durch ihre "Kumpel" in den Konzern-Vorstandsetagen " freizuschalten".

4. Das gleiche gilt für die gesetzlichen Krankenkassen, damit es Politikern wie dem Abgeordneten Horst Seehofer und Leuten wie der einstweiligen "Ministerin" Ulla Schmidt nicht mehr gestattet ist, auch in dieses Selbstverwaltungsorgan durch forschen Missbrauch administrativer Gewalt im Fremdinteresse privater Versicherungskonzerne verheerendes Chaos anzurichten. So hat man jetzt den Zahnersatz aus dem Leistungskatalog zugunsten der Ausplünderung durch private Konzerne herausgepreßt, obwohl die Zahnersatzleistungen bei der AOK lediglich 2,60€ je 100,-€ Gesamtausgabe ausmachen. Es gibt deshalb für die Streichung der Zahnersatzleistungen alter Art durch die gesetzliche Krankenkasse nicht den geringsten kassentariflichen Grund. Die Arbeitnehmer sollen offenbar regelrecht (wie bei der Rente) erpreßt werden, ihr Geld in die Konzernkassen zu tragen, und das ist als kriminelles Gebaren rundum abzulehnen. Auch die Erpressung, die Beiträge zu senken, verfolgt ganz eindeutig denselben Zweck: Die Beiträge sind seit 10 Jahren um gerademal 1% für die Arbeitnehmer gestiegen, bei den Privaten jedoch um 10 und mehr %. Es erscheint daher auch hier unerträglich, daß die Sozialministerin, angeblich im Interesse der Versicherten, die Kassen zwingen will, die lächerlichen Beitragssätze zu senken. Auch dies kann nur in Wirklichkeit der unredlichen Absicht dienen, die Strukturen des paritätisch organisierten kostengünstigen Solidarsystems im Konzerninteresse zu zerschlagen. Derartige Vorhaben wären künftig, klar gesetzlich definiert, zu untersagen und strafrechtlich zu sanktionieren.

5. Das wirre Chaos der derzeitigen Krankenkassenreform ist daher ebenfalls als schlichter Unsinn zurückzuweisen, samt und sonders und ohne große Diskussion. Es gibt keinen sachlichen Grund dafür, daß die Arztpraxen zu Inkassobüros mißbraucht werden. Überall im Lande wird der Barzahlungsverkehr abgeschafft, und die Schmidts und Seehofers überziehen die ganze Republik mit einem Chaossystem, bei dem ausgerechnet flächendeckend die Ärzteschaft mit Barkassen und Kassenbürokratie dichtgemüllt wird, und die gesamte Bevölkerung wieder mit offenem Portemonnaie herumzulaufen hat. Dieser unglaubliche Schwachsinn ist daher schleunigst zu beenden, und es ist zu hoffen, daß diese irre fach- und politabenteuerliche Geisterfahrei spätestens nach der nächsten Wahl endlich das Zeitliche segnet und die Täter verschwinden.

6. Die sittenwidrige und staatsverelendende Steuerreform ist ersatzlos zu widerrufen, da sie eindeutig genereller Bestandteil der Absicht ist, die Verfassungsmäßige Ordnung (Zerstörung der staatlichen Organisationsstrukturen durch Ausplünderung der Volkswirtschaft und damit der finanziellen Grundlagen des Sozialstaates –und, in der Folge, des Rechtsstaates aus Art. 20 GG.) zu zerstören. Es ist vollkommen lächerlich bzw. hochgradig böse vorzugeben, man wollte mit der durchgeführten Steuerreform "die Konjunktur beleben". Das exakte Gegenteil wird der Fall sein, was jeder zweitklassige drittfinanzierte Ökonom bestätigen könnte. Es wird keine Konjunkturbelebung geben und falls kurzfristig doch, dann völlig bedeutungslos, und es wird dadurch nicht einen einzigen Arbeitslosen weniger geben, und der wirtschaftliche weitere Niedergang ist mit mathematischer Sicherheit vorprogrammiert – und von den syndikalen Hintergrundkreisen auch gewollt:

Wer der Friseurin aus Castrop-Rauxel die Kasse plündert, um seinen "Kumpel" in den Hochfinanzkreisen zu den ohnehin schon vorhandenen Millionen monatlich weitere 20.000,-€ zuzuschieben, betreibt, ob aus hochgradiger Beschränktheit oder auf der Basis hochkriminellernstaatszerstörerischer Energie, das mag dahingestellt sein, den **Staatsumsturz**. Dies ist ohne Wenn und Aber zu verhindern, wenn es denn überhaupt noch möglich ist: Der sozialistische Kanzler Gerhard Schröder hat bereits die totale Ausplünderung des Staates und der Bevölkerung im Interesse fremder Mächte offen angekündigt (Not und Elend werden folgen – wie 1929/31- nur daß wir diesmal wissen, welche Köpfe, Kreise u. Charaktere sie mit welchen Methoden skrupellos zielgerichtet planmäßig oder zumindest gewissenlos aber verantwortlich herbeigeführt haben):

DPA-Meldung 19.11.2001 -DPAB688- NDR Hamburg – 02.00 Uhr:

(Man sieht, daß die Zerstörung unseres Gemeinwesens und die Verelendung der Bevölkerung von langer Hand geplant ist, und die entsprechenden "Reformen" hierzu Schritt für Schritt stattfinden.)

Kanzler Schröder: "Deutschland wird sich auch künftig auf schwierige Entscheidungen wie die Bereitstellung von Soldaten im Anti-Terrorkrieg einstellen müssen." (Anmerkung: Also, wie oben ausgeführt: Kriege ohne Ende. Bezahlen läßt der Kanzler die Rentner u. Arbeitslosen, die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes und die mittelständische Wirtschaft).

Schröder weiter: " Die Deutschen werden sich daran gewöhnen müssen, daß "unsere Partner" uns nicht erlauben werden, nicht die volle Verantwortung für die Gegebenheiten in der Welt zu übernehmen"

(Wenn unsere Freunde also laufend überall auf der Welt Brände legen, um an anderer Leute Öl heranzukommen - Öl nennt sich dann "Menschenrechte" und "Demokratie"-, hat die Blumenverkäuferin aus Castrop-Rauxel dafür die "volle Verantwortung" zu übernehmen, was sie bei 800,-€ im Monat auch leicht kann, und das dürfte Versklavung im edelsten Sinne darstellen. Ein sozialistischer Kanzler macht's offenbar unbekümmert und ohne störende Skrupel möglich.).....

Bohrwurm.net kümmert sich...bleiben Sie dran.....

(Hier beigefügt: Netzwerk und Teilnehmerhinweise sowie Gegenüberstellung Ausplünderungsergebnisse: Millionen und Milliarden für Versicherungskonzerne und Vorstände, Nullrunden für Rentner und Versklavungslöhne für Arbeitnehmer- 3 Blatt Süddeutsche Zeitung, Jeverches Wochenblatt, Zusammenstellung aus div. Publikationen)

Übrigens,

durch Steuerreform wurden den Kumpel des Kanzlers in den Konzernen lt. Berichterstattung etwa 1 Billion € Betriebs-Veräußerungsgewinne un versteuert belassen und somit eben mal zwischen 200 und 400 Milliarden € verschenkt. Dafür läuft man jetzt hinterden redlich arbeitenden Putzfrauen her..... unglaublich..... Der Krimi wird fortgesetzt.....

Günter E. V ö l k e r

Ergänzung und Abschluß April 2006:

Zwischenzeitlich haben sich annähernd alle im vorstehenden Brief getroffenen Vorauassagen bestätigt. Die gesamten Reformen stellen ein gigantisches Verbrechenwerk gegen den sozialen und rechtsstaatlichen Bestand der Republik dar, eingefädelt durch die Finanz-, Versicherungs- und Industriekonzerne. Zentrales Netzwerk sind der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Essen, das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, Privatverein der Professoren Miegel und Biedenkopf (Riesterrente, Privatvorge Rente/Krankenvers.), Bonn, und das Deutsche Institut für Altersvorsorge (Falschlehre von der Demographie), eine 100%-Tochter der Deutschen Bank. , Köln, Prof. Miegel ist in allen Institutionen vertreten. Die rigorose und skrupellose Ausplünderung der Arbeitnehmer und des öffentlichen Dienstes wird angestiftet von den drei Vereinigungen DIHK (Ludwig Georg Braun), dem BDA, Dr. Dieter Hundt (sitzt im Vers.Konzern Haftpflichtverband der Deutschen Industrie (HDI), verkauft dort auch wieder "Riesterrenten und Krankenversicherung" und verlangt skurpellos unverfroren, daß selbst den Witwen noch die Renten weggenommen werden, und dem BDI unter dem ehemaligen Präsidenten Rogowski (wollen die solidaren Sicherungssysteme Zerstören (Staatsumsturz). Siehe hierzu die Staatsumsturztable 33/05 in www.bohrwurm.net

Die Gewerkschaften, Michael Sommer, Frank Bsirske, haben den gewerkschaftseigenen Konzern " BGAG (Aktiengesellschaft der Gewerkschaft!). Diesem gehört wiederum das BHW zu etwa 40%, und beide wurden sie nun von der Postbank gekauft, und alle zusammen verkaufen "Riesterrenten und Krankenversicherungen" weshalb die Gewerkschaft in Wirklichkeit daran interessiert sein dürfte, daß die Sozialsysteme zerstört werden, damit die Führungskräfte über ihren privaten Konzern sich wohligh bereichern auf Kosten ihrer eigenen Mitglieder. Der DGB - Vorsitzende Michael Sommer sitzt dafür im Aufsichtsrat der Postbank. Das nennt man vermutlich Verrat, der zumindest soziaethisch wegen seiner ungeheuren sittlichen Verwerflichkeit als Verbrechen gegen die eigenen ahnungslosen Mitglieder und der übrigen arbeitnehmenden Bevölkerung einzustufen sein müßte -Michael Sommer! Frank Bsirske und Co.

Der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof wollte zwischenzeitlich die Sozialzuschläge(Sonntags- u. Nachtzuschläge) abschaffen (freche Parole: Die Zuschläge seien "Subventionen) und die Steuern für Hochverdiener in Milliardenhöhe senken . Er ist jetzt entlarvt : Wieder ein "Mann der Deutschen Bank" , und sitzt dort - natürlich- im Aufsichtsrat.

Ein sogenannter Sozial-"Experte", ein jüngerlicher Professor Bernd Raffelhüschen, propagiert die Rente ab "67 (Rentenklaue/Versklavung)) und private Altersvorsorge. Er sitzt prompt wieder im Aufsichtsrat des Ergo-Versich.Konzerns (Allianz, Victoria, DAS, Hamburg-Mannheimer-Vers., und "berät" den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft.

Die gesamte kriminelle Reformtreiberei ist daher ein gigantisches Verbrechenwerk gegen die soziale Sicherheit der Menschen im Gemeinwesen und gegen ihr Vermögen . Es vollzieht sich alles nach den gleichen Vorgaben wie 1929/33.

Hierzu wird auf die weitergehenden Darstellungen im Internet www.bohrwurm.net verwiesen. Dort insbesondere: "Staatsumsturztable 1933/2005" , "Quasselantenbrief" , "Reformkriminalitäts-Anzeiger" , "Judasbrief", "Rentenklautebelle"

Ende des Briefes April 2006

© www.bohrwurm.net